

## **EUROPA, unsere Hoffnung!**

*Beschluss der Landesversammlung vom 27./28. April 2024 in Bühl*

Am 23. Mai 2024 jährt sich das Inkrafttreten des Grundgesetzes zum 75. Mal. In der Präambel wird als Ziel der Bundesrepublik Deutschland ausgerufen, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Dieses Ziel ist im Jahr 2024 noch genauso gültig wie 1949. Fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges stand die europäische Idee für einen Neuanfang und eine Hoffnung für die Zukunft. Es war eine Hoffnung auf Frieden, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Diese Hoffnung hat sich erfüllt. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union erfreuen sich seit ihrem Beitritt einer dauerhaften Friedensordnung – wir in Baden-Württemberg der längsten Friedensperiode seit Jahrhunderten. Im Jahr 2024 steht die europäische Idee für die gleiche Hoffnung wie im Jahr 1949: Die Hoffnung, dass wir als Europäerinnen und Europäer gemeinsam an einer guten Zukunft arbeiten.

Die Herausforderungen sind groß: Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat erneut Tod, Leid und Zerstörung auf unseren Kontinent gebracht. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung ist von außen und innen in Gefahr. Weltweit verlieren demokratische Systeme an Gewicht. Der Klimawandel bedroht unsere Lebensgrundlagen. Die Lösung der Migration bleibt eine hohe Herausforderung und eine große Aufgabe für die Zukunft der EU. Die Transformation der Wirtschaft führt zu einem großen Wandel. Dies alles führt zu berechtigten Sorgen und Unsicherheit in unserer Gesellschaft. Wir sind überzeugt: Wenn wir den gemeinsamen Weg der europäischen Einigung weitergehen, können wir all diese Herausforderungen meistern. Die Europäische Union ist unsere beste Garantie für eine gute Zukunft.

Dies ist der Hintergrund für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024. Die überparteiliche Europa-Union Baden-Württemberg ruft alle Mitbürgerinnen und Mitbürger dazu auf, bei ihrer Wahlentscheidung zu bedenken, wie wichtig eine starke Europäische Union für unsere Zukunft ist. Parteien, die auf eine Schwächung oder gar Auflösung der EU abzielen bzw. auf einen Austritt Deutschlands aus der EU hinarbeiten, sind aus unserer Sicht unwählbar.

In der nächsten Amtszeit des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission müssen aus unserer Sicht folgende grundlegende Aufgaben prioritär angegangen werden:

### **1. Reform der EU**

Wir fordern die Einsetzung eines Konvents zur Ausarbeitung einer grundlegenden EU-Reform wie es bereits die Konferenz zur Zukunft Europas gefordert hat. Dabei sollte insbesondere die Handlungsfähigkeit der EU durch Abschaffung der Einstimmigkeit im Rat und die Verringerung der Anzahl der Kommissare in der Europäischen Kommission verbessert werden. Wir fordern auch die Schaffung eines echten europäischen Wahlrechts mit transnationalen Listen.

## **2. Weitere Unterstützung der Ukraine**

Wir fordern, dass die EU und die Mitgliedstaaten die Ukraine bei ihrem Kampf gegen die völkerrechtswidrige Invasion Russlands weiterhin tatkräftig unterstützen. Ziel muss es sein, die Ukraine in die Lage zu versetzen, souverän über ihre Zukunft zu entscheiden.

## **3. Erweiterung ermöglichen**

Wir fordern, die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien und die Staaten des westlichen Balkans auf ihrem Weg in die EU zu unterstützen. Dazu gehört auch die schrittweise Integration dieser Staaten in europäische Politiken und Programme und die gezielte Unterstützung zur Stärkung des Rechtsstaats, freier Medien und einer leistungsfähigen Verwaltung. Dabei steht außer Frage, dass ein EU-Beitritt an die vollumfängliche Erfüllung aller Beitrittskriterien gebunden ist. Die EU selbst muss durch notwendige institutionelle Reformen die Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten schaffen.

## **4. Europäische Verteidigungsunion schaffen**

Wir fordern, die Anstrengungen für eine europäische Verteidigungsunion zu verstärken. In einem ersten Schritt benötigen wir eine gemeinsame Beschaffung und auf der EU-Ebene koordinierten Aufbau einer Verteidigungsindustrie, die uns unabhängig von Dritten macht.

## **5. Europäischen Zusammenhalt stärken**

Wir fordern den Ausbau europäischer Programme für den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürger jeden Alters in der EU. Die derzeitigen Fördermöglichkeiten für europäische Begegnungen sind unzureichend und ihre Beantragung ist zu aufwändig. Wir fordern einen europäischen Kleinprojektfonds für Begegnungen, der unbürokratisch Austauschaktivitäten fördert.

## **6. Europäische Medien**

Wir fordern den mehrsprachigen Ausbau der europäischen Angebote und Nutzung des bestehenden europäischen Netzwerks, am Beispiel von ARTE.

## **7. Starke und zukunftsfähige europäische Wirtschaft**

Die EU muss weiter daran arbeiten, einseitige Abhängigkeiten etwa bei Industrieprodukten und Rohstoffen zu reduzieren sowie gute Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige, klimafreundliche und innovative Wirtschaft zu schaffen.

---

### **Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:**

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 70 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 17.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 31 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 8 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören derzeit 55 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Über 140 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch an der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Gabriele Bischoff MdEP (SPD) und Evelyne Gebhardt (SPD) wieder.

#### **Kontakt:**

Daniel Frey, Medienreferent  
E-Mail: [daniel.frey@eubw.eu](mailto:daniel.frey@eubw.eu)  
Webseite: <https://eubw.eu>